

Ehrgeizig – Gerecht – Verbindlich
VENRO-Forderungen an die neue Bundesregierung
für ein UN-Klimaabkommen in Kopenhagen

Der Klimagipfel in Kopenhagen vom 7. bis 18. Dezember 2009 ist ein Meilenstein für die Eindämmung der Folgen des Klimawandels. Viele Menschen in allen Teilen der Welt erwarten von der Politik, dass das UN-Klimaabkommen in Kopenhagen wegweisende Lösungen für die Klimakrise beinhaltet. Der Europäischen Union (EU) kommt eine federführende Rolle und der Bundesrepublik Deutschland – als größtem EU-Mitgliedsstaat – eine tragende Rolle zu.

Der Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“ der CDU, CSU und FDP stellt berechtigt fest: „Der Klimaschutz ist weltweit die herausragende umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit“. Genau dieser Aussage muss die neue Bundesregierung in Kopenhagen politisch gerecht werden und die im Koalitionsvertrag teilweise vagen Formulierungen in diesem Sinne mit Leben füllen. Aus Sicht des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO e. V.) sollte sich die Bundesregierung im Rahmen der EU für folgende Ziele stark machen:

I. Gefährlichen Klimawandel vermeiden – Ehrgeizige Emissionsziele setzen

Die alarmierenden Erkenntnisse der Klimawissenschaft zeigen: In Kopenhagen müssen ehrgeizige Emissionsreduktionen vereinbart werden, um den Temperaturanstieg im globalen Durchschnitt auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. Hierfür ist es notwendig, dass die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 und bis 2050 um 95 Prozent verringern. Wissenschaftliche Abschätzungen besagen zudem, dass das Wachstum der Emissionen der Entwicklungs- und Schwellenländer so schnell wie möglich gebremst werden muss. Global sollten die Emissionen vor 2018 absinken. Zahlreiche Schwellen- und Entwicklungsländer haben in den letzten Monaten ambitionierte Klimaschutzprogramme vorgelegt, deren Umsetzung mit internationaler Unterstützung diese Ziele möglich machen kann.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Unser Ziel ist es, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen und Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten. International ist vereinbart, dass die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Wir werden für Deutschland einen konkreten Entwicklungspfad festlegen und bekräftigen unser Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.“

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert VENRO von der neuen Bundesregierung:

Verbindlicher mittel- und langfristiger Klimaschutz im eigenen Land

Die Industrieländer stehen beim Klimaschutz in der Pflicht voranzugehen und können damit gleichzeitig beweisen, dass ein klimafreundliches Wohlstandsmodell möglich ist. Die Bundesregierung sollte die Reduktion der einheimischen Emissionen um 40 Prozent bis 2020 - gegenüber 1990 - umgehend rechtlich verbindlich festschreiben und Maßnahmen beschließen, die das Erreichen dieses Zieles sicherstellen. Emissionsreduktionen durch flexible Mechanismen wie den „Clean Development Mechanism“ (CDM) sollten allenfalls zusätzlich zu den 40 Prozent Verringerung und nur bei einer Stärkung der ökologischen Integrität solcher Mechanismen genutzt werden. In der EU sollte Deutschland auf eine 30prozentige Verringerung bis 2020 hinwirken, die einheimischen Emissionen sollten um mindestens 40 Prozent sinken.

II. Angemessene und verlässliche Finanzunterstützung für Klimaschutz und Anpassung

Hauptverantwortlich für die menschengemachten Klimaänderungen und damit auch für die dramatischen Folgen in den Entwicklungsländern, sind die Industrieländer. Deshalb müssen diese auch die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels gemäß Verpflichtung in der Klimarahmenkonvention unterstützen.

Der Koalitionsvertrag sagt: „Wir werden die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen stärker unterstützen. Bei den Verhandlungen werden wir uns für eine faire Lastenverteilung einsetzen [...]. Wir sind zu einer angemessenen Finanzierung von Technologietransfer-, Waldschutz- und Anpassungsprojekten bereit.“

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert VENRO von der neuen Bundesregierung:

1. Eine ausreichende Finanzierung

Gemäß wissenschaftlichen Schätzungen sollten die Mittel für Klimaschutz und Anpassung ab 2013 bis 2020 auf jährlich mindestens 110 Milliarden Euro anwachsen. Die EU sollte von diesen öffentlichen Finanzmitteln, basierend auf ihrer Verantwortung für die Emissionen und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, etwa ein Drittel übernehmen. Für Deutschland ergibt sich ein jährlicher Finanzbeitrag von mindestens sieben Milliarden Euro. Eine solche Unterstützung ist nicht nur eine zentrale Verhandlungsgrundlage des Bali-Aktionsplans. Von einem dadurch ausgelösten weltweiten Investitionsschub in grüne Technologien könnte Deutschland als Technologievorreiter insgesamt - auch netto - stark profitieren.

2. Die Zusätzlichkeit von Klimafinanzierung zur ODA

Im Einklang mit der UN-Klimarahmenkonvention müssen die Mittel zur Klimafinanzierung zusätzlich zu den ODA-Verpflichtungen zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels aufgebracht werden. Der Klimawandel bürdet den Entwicklungsländern weitere Hürden auf, die die Armutsbekämpfung erschweren und darum zusätzlicher Finanzierung bedürfen. Es handelt sich hierbei nicht um Hilfen, sondern um Ausgleich für angerichtete Schäden. Die Tatsache, dass Anpassungsmaßnahmen Hand in Hand mit der Armutsbekämpfung greifen sollen, ist

kein Argument, dass Anpassungsfinanzierung in das 0,7-Prozent-Ziel eingerechnet wird. Ein „Relabelling“ bereits verplanter Entwicklungshilfegelder ist absolut inakzeptabel.

3. Innovative, verlässliche und verbindliche Finanzierungsinstrumente

Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen müssen auf dem Verursacherprinzip basierende Finanzierungsinstrumente eingeführt werden. Diese müssen Finanzmittel in der oben beschriebenen Größenordnung generieren. Als mögliche Instrumente bieten sich Versteigerungserlöse aus nationalen oder regionalen Emissionshandelssystemen oder Mittel aus dem internationalen Flug- und Seeverkehr an. Mit letzteren könnte zudem der notwendige Beitrag der öffentlichen Haushalte verringert werden. Aus der Sicht von VENRO deutet der im Koalitionsvertrag vorhandene Bezug zum EU-Beschluss, 50 Prozent der Emissionshandelserlöse für Klimamaßnahmen zu verwenden, auf einen Rückschritt hin, da in den vergangenen Jahren alle Nettoerlöse in Klimaschutz und Anpassung investiert wurden. Auch der Ausschluss von CO₂-Abgaben vergibt die Chance, eine verursachergerechte Finanzierung weiterzuentwickeln. Der festgelegte Ausschluss energieintensiver Unternehmen von der Versteigerung der Emissionsrechte, ist ebenfalls das falsche Signal.

III. Die ökologische Integrität der internationalen Klimapolitik verbessern

Das internationale Klimaregime muss in seiner ökologischen und entwicklungspolitischen Integrität gestärkt werden, insbesondere auch bei den flexiblen Mechanismen und dem Waldschutz.

Der Koalitionsvertrag sagt: „Wo immer möglich, wollen wir marktbasierende Instrumente wie den Clean Development Mechanism (CDM) nutzen. [...] Wir wollen die Höhe der Deckelung der CDM-Maßnahmen auf europäischer Ebene überprüfen und die ökologische Integrität des CDM erhöhen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert VENRO von der neuen Bundesregierung:

1. Flexible Mechanismen und die Reform des Clean Development Mechanism (CDM)

Der CDM in seiner bestehenden Form hat seine Ziele verfehlt. Die ökologische und entwicklungspolitische Integrität des CDM muss dringend verbessert werden. Der Ankauf von Emissionsminderungen sollte zudem nur als Maßnahme zusätzlich zum deutschen 40-Prozent-Ziel beziehungsweise zum europäischen 30-Prozent-Ziel genutzt werden können. Eine Aufweichung der Deckelung würde das 2 Grad -Ziel unterlaufen.

2. Waldschutz: Förderung von REDD-Mechanismen in Entwicklungsländern

Der Schutz tropischer Wälder und die Verringerung der Entwaldung müssen klimapolitisch eine hohe Priorität haben und entsprechend finanziell unterstützt werden. Mechanismen zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (REDD) sind deshalb zu fördern. Hier sind die speziellen Anforderungen der Biodiversität zu berücksichtigen und die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen zu schützen, die nachhaltig in und von den Wäldern leben. Die Finanzierung von Waldschutz darf nicht zu weniger Klimaschutz in Europa führen, ein Einbezug in den EU-Emissionshandel ist daher mit hohen Risiken behaftet und sollte vermieden werden.

Impressum:

Herausgeber
Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0
Fax: 0228/9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat (V.i.S.d.P.), Sven Harmeling (Germanwatch)

Endredaktion: Kirsten Prestin